

Übersichten

Außenpolitik

* (1)

Außenminister Qian Qichen in Bonn

Vom 2. bis 13. Mai besuchte der Stellvertretende Ministerpräsident und Außenminister Qian Qichen vier europäische Länder, nämlich - in dieser Reihenfolge - die Niederlande, Schweden, Italien und Deutschland, wobei er in jedem dieser Staaten drei Tage lang blieb.

Vom 11. bis 13. Mai kam er nach Deutschland. Er wurde dort u.a. von Bundespräsident von Weizsäcker, Kanzler Kohl und seinem Amtskollegen Kinkel empfangen. Qian, der auf der ersten Reise eines chinesischen Außenministers seit dem Tiananmen-Massaker erstmalig im März 1992 wieder nach Bonn gekommen war (dazu C.a., März 1992, Ü 3), erwiderte mit dieser zweiten Visite den Besuch Kinkels in Beijing vom November 1992. (Näheres dazu C.a., November 1992, Ü 2) Kinkel war damals in Bonn kritisiert worden, weil er den Vorwurf der Menschenrechtsverletzungen in Beijing nicht nachdrücklich genug vorgetragen habe. Angeblich holte er dieses "Versäumnis" diesmal nach und sprach seinen Amtskollegen auf konkrete Fälle von Menschenrechtsverletzungen an, ohne daß dieser Punkt in der Öffentlichkeit allerdings näher erläutert worden wäre. Wie schon bei seinem Beijing-Besuch meinte der Außenminister auch diesmal, daß mit stiller Diplomatie in der Sache mehr erreicht werden könne als mit lautstarken öffentlichen Protesten. Angesichts der Empfindlichkeit, mit der China auf Gesichtsverletzungen reagiert, ist die Richtigkeit dieser Ansicht kaum zu bestreiten. In der Tat wurden in der Zwischenzeit auch einige Gefangene, für die sich Kinkel bei seinem Besuch im November 1992 in Beijing eingesetzt hatte, inzwischen auf freien Fuß gesetzt.

Bei der ersten Besprechung zwischen Kinkel und Qian ging es um die bilateralen Beziehungen, die, wie beide Seiten betonten, weiter ausgebaut werden sollen.

Bei der zweiten Besprechung wurde dann die Rolle der beiden Staaten in der Weltpolitik erläutert. Der deutsche Außenminister konnte in diesem Zusammenhang darauf verweisen, daß die ursprünglich gegen China verhängten Sanktionen durch den Bundestag längst wieder aufgehoben seien, so daß die bilateralen Beziehungen dadurch einen neuen Schub erhalten hätten. Deutschland bleibe auch nach wie vor bei seiner "Ein-China-Politik" und wolle überdies auch in Zukunft keine Waffen an Taiwan liefern, sei gleichzeitig aber gewillt, den Handel mit Taiwan weiter auszubauen. Ende Januar hatte der Sicherheitsrat in Bonn überdies beschlossen, die u.a. von Niedersachsen befürwortete Lieferung von Unterseebooten an Taiwan nicht zu genehmigen. Bonn hatte den Chinesen mehr oder weniger deutlich zu erkennen gegeben, daß diese Entscheidung handelspolitisch honoriert werden solle.

Wie wertvoll die Zusammenarbeit mit Deutschland ist, geht nicht zuletzt auch daraus hervor, daß die deutsche Seite - ganz im Gegensatz beispielsweise zu den Amerikanern - Lieferungen moderner Technologie nicht mit politischen Bedingungen verknüpfen. Der amerikanische Präsident, der bis Anfang Juni erneut über die Verlängerung der Meistbegünstigung an China entscheiden muß, knüpft seine Überlegungen u.a. an den chinesischen Waffenhandel - sowie nicht zuletzt auch an die Beachtung der Menschenrechte. Bonn ist in all diesen Fragen (wie übrigens auch beim Taiwan-Problem) aus Beijinger Sicht wesentlich "größzügiger" - und berechenbarer!

Bei einer Pressekonferenz in Bonn am 13. Mai befürwortete Qian eine engere Zusammenarbeit Chinas mit West-

europa. Beide Seiten könnten damit nicht nur die außenpolitische Stabilität, sondern auch ihren gegenseitigen wirtschaftlichen Vorteil fördern: Man vergesse nicht, daß sich China mitten in einem vitalen Wachstumsprozeß befinde und daher für die europäischen Industrieländer sowohl kurz- als auch langfristig von hohem Interesse sei. (XNA, 14.5.93) Die Zusammenarbeit müsse möglichst viele Gebiete, angefangen von der Politik über die Wirtschaft bis hin zum kulturellen Austausch, umfassen.

Qian Qichen wies erneut darauf hin, daß Deutschland der größte europäische Handelspartner Chinas sei. Ein weiterer Ausbau der guten Beziehungen zwischen dem wiedervereinigten Deutschland und dem mitten im Reformprozeß stehenden China könne zu einer Stabilisierung der internationalen Politik beitragen.

Wie schon beim Besuch des Bundeswirtschaftsministers Rexrodt im März 1993 in Beijing mußte sich die chinesische Seite auch diesmal den Vorwurf gefallen lassen, daß der Außenhandel zwischen beiden Seiten unausgeglichen sei - in der Tat schreibt die deutsche Seite hier seit mehreren Jahren "rote Zahlen".

Da die politische Kultur Chinas von Balancegesichtspunkten durchzogen ist, stoßen solche Vorhaltungen auf spontanes Verständnis, zumal das chinesische Verhältnis zu Deutschland augenblicklich einen hohen Stellenwert besitzt, nachdem Frankreich (wegen seiner Rüstungslieferungen an Taiwan) und Großbritannien (wegen der Hongkong-Frage) politisch "abgestürzt" sind.

Nach Feststellungen des chinesischen Zolls betrug der Handel zwischen beiden Seiten im Jahre 1992 6,47 Mrd. US\$ - ein Anstieg von 19,7% gegenüber dem Vorjahr. (XNA, 12.5.93) Was hier allerdings nicht erwähnt wird, ist die Unausgeglichenheit der Bilanz:

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes stiegen zwar die deutschen Ausfuhren nach China 1992 um nicht weniger als 41% und erreichten ein Volumen von 5,74 Mrd.DM. Bei annähernd gleichbleibenden Importen (11,65 Mrd.DM) bestand aber gleichwohl immer noch ein Fehlbetrag von 5,9 Mrd.DM. Die chinesische Seite will

Differenzen dieses Ausmaßes nicht anerkennen. Grund dafür sind unterschiedliche Berechnungsmethoden: Der chinesische Zoll setzt andere Volumina an als der deutsche, da die deutsche Seite, ganz im Gegensatz zur chinesischen, auch die über Hongkong gelieferten Exporte Chinas auf der chinesischen Einfuhrseite der Statistik vermerkt.

Qian Qichen verabschiedete sich aus Deutschland in einer Stimmung des Hochgefühls und kündigte "sehr große Aufträge" an, u.a. auch an ostdeutsche Unternehmen. Bestellt würden demnächst vor allem Fluß-Frachtschiffe sowie Personen- und Kühlwaggons. In diesem Zusammenhang wies er darauf hin, daß die Weigerung der Bundesregierung, Kriegsmaterial an Taiwan zu liefern, einen weiteren Anstoß zur Auftragsvergabe der Volksrepublik an die deutsche Wirtschaft gegeben habe. Die Rede war von einer "neuen Phase" in den bilateralen Beziehungen.

Spielte die Menschenrechtsfrage beim Besuch Qian Qichens in Bonn eher eine marginale Rolle, so rückte sie beim Besuch einer Delegation des Außenpolitischen Ausschusses des Deutschen Bundestages unter der Leitung von Hans Stercken in den Mittelpunkt. Schon eine Woche nach seiner Rückkehr hatte Qian Gelegenheit, diese Delegation in Beijing zu empfangen. (XNA, 19.5.93)

Die Delegation reiste u.a. nach Tibet und besuchte dort auch Gefängnisse. Sterckens Eindruck war, wie er dem Deutschlandfunk versicherte (wiedergegeben in SWB, 25.5.93), "positiver als erwartet". Man könne auch damit rechnen, daß in nächster Zeit politische Gefangene freigelassen würden.

Die Stercken-Delegation war nur eine der in letzter Zeit immer häufiger nach China reisenden Politikergruppen. Um nur einige weitere Beispiele zu nennen, sei hier auch noch die Visite einer siebenköpfigen Bundestagsdelegation unter der Leitung von Manfred Richter Anfang Mai (XNA, 7.5.93) oder aber die Visite einer inzwischen wohl etwas merkwürdig anmutenden Delegation der DKP unter Leitung von Heinz Stehr (XNA, 23.5.93) erwähnt. Stehr wurde von Hu Jintao, einem Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros der KPCh, empfangen. Hu betonte, daß "die KPCh immer schon da-

für eingetreten ist, daß politische Parteien, seien sie nun groß oder klein, einander gleichbehandeln, voneinander lernen und aus Fehlern Konsequenzen ziehen sollten". Die KPCh wolle auch weiterhin mit der Deutschen Kommunistischen Partei Beziehungen unterhalten. -we-

*(2)

Chinas wachsender Einfluß auf Myanmar

Auf den ersten Blick wirkt das Verhältnis zwischen China und Myanmar wenig spektakulär. Ab und zu werden Besuche von Delegationen gemeldet, die der Erwähnung kaum wert erscheinen, so z.B. die Visite einer birmanischen Medizinergruppe in China im Mai 1993. Es scheint sich also wenig zu tun zwischen beiden Ländern. Und doch haben sich gerade zwischen ihnen in den letzten Jahren Wandlungen vollzogen, die langfristig bedeutsam, ja für die Neugestaltung der politischen Landschaft Asiens entscheidend sein könnten: Erstens nämlich hat sich in der Zwischenzeit dort, wo früher die birmanische Guerilla und die chinesische Guerilla-Unterstützung vorherrschte, heute eine Achse Beijing-Rangun herausgebildet, die es dem SLORC (Abkürzung von "State Law and Order Restoration Council"), d.h. dem Militärregime in Myanmar ermöglicht, besser zu überleben und die gleichzeitig auch für die VRCh von Nutzen ist, weil sie ihren Einfluß in der südostasiatischen Region, vor allem aber im Indischen Ozean verstärken will. Die Nachbarländer Myanmars, allen voran Indien, sind durch die neuen Entwicklungen alarmiert.

Zweitens könnte die chinesisch-birmanische Zusammenarbeit langfristig nicht nur regionale, sondern sogar globale Auswirkungen haben, insofern nämlich der Opiumanbau und -handel im birmanischen Bereich des Goldenen Dreiecks gefördert werden könnte (dazu *Le Monde Diplomatique*, 26.5.1993), ohne daß China hier freilich direkt die Hände im Spiel hat.

Was zunächst die Herausbildung der Achse Beijing-Rangun anbelangt, so handelt es sich hier um eine verhältnismäßig neue Entwicklung. Bis zum birmanischen Volksaufstand vom Herbst 1988 und dem daran sich an-

schließenden Staatsstreich des Militärs, der mit dem Beijinger Studentenaufstand und dem Massaker vor dem Tiananmen zeitlich fast zusammenfiel, schienen die politischen Eliten in China und in Birma auf zwei verschiedenen Planeten zu leben. In Zeiten der Not, die für sie unter beinahe gleichem Vorzeichen standen, sind sich die beiden Nachbarn jedoch seit 1988/89 nähergekommen.

Auch die enger werdende Kooperation erfolgt in Bereichen, die sich mit den Stichworten *Waffen, Straßen, Häfen* und *Grenzen* umschreiben lassen.

- *Waffen*: In ihrem Dauerkrieg gegen die Minoritäten, vor allem gegen die Armeen der Shan, der Karen und der Kachin braucht die SLORC-Junta nichts mehr als Waffen. Die Volksrepublik kam für die Erfüllung dieses Wunsches nicht in Betracht, da sie ja, wie erwähnt, jahrelang gerade die Gegenseite, nämlich die Minoritäten, in ihrem Widerstandskampf unterstützt hatte.

Seit der Wende von 1988/89 jedoch scheinen in China alle Dämme gebrochen: Die VRCh lieferte inzwischen an die SLORC Kampfbomber des Typs F-6 und F-7, Transportfahrzeuge aller Art, Schützenpanzer, Panzer vom Typ T-69 und T-63 (eine chinesische Version des sowjetischen Amphibienpanzers PT-76), an die 200 Schützenpanzerwagen, mehrere 100 Lkw, zwei Dutzend Flakgeschütze und sechs Patrouillenschnellboote des Typs Hainan sowie Tausende von Tonnen an Infanteriewaffen und -munition.

Hinter den Liefergeschäften steckte hauptsächlich die dem chinesischen Generalstab unterstehende Waffen-Außenhandelsfirma Polytechnic, die von He Ping, einem Schwiegersohn Deng Xiaopings, geleitet wird.

Nach Erkenntnissen von G. Siemers, Institut für Asienkunde, beläuft sich der birmanisch-chinesische Waffenhandel, wie er seit 1988/89 angelaufen ist, bisher auf rd. 1,2 Mrd. US\$.

Womit bezahlt Birma diese Summe?

Die Opposition weist darauf hin, daß die birmanische Regierung systematisch die Wälder ausplündern, um Hartholz zu exportieren und dadurch die dringend benötigten Devisen zu

beschaffen. Eine solche Politik widerspricht aber den offiziellen Angaben der SLORC-Junta, die Wert darauf legt zu betonen, daß die birmanischen Wälder systematisch geschont werden sollen und daß auch in Richtung China nur ein unbedeutender Holzhandel stattfindet.

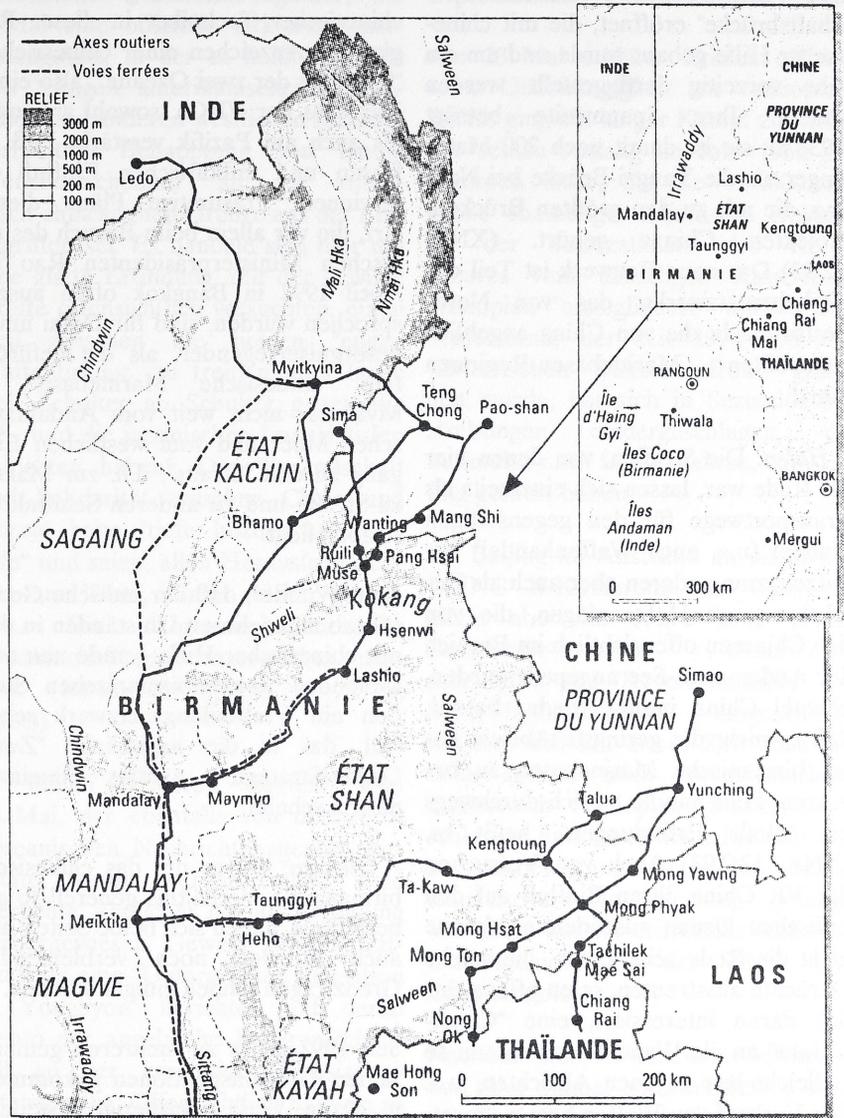
Eine zweite Erklärungsvariante bestünde darin, daß Birma für die Waffen lediglich politische Zugeständnisse zu machen braucht - z.B. in Form der Überlassung von Marinebasen an die VRCh.

Eine dritte Variante schließlich läuft auf verstärkten Drogenhandel hinaus. Der Kontext ist folgender: Myanmar, Thailand, Laos und China wollen langfristig in dem auf ihr Territorium ausgreifenden Goldenen Dreieck ein Touristen-Erholungsgebiet anlegen, das durch seinen geheimnisvollen Ruf Attraktivität entfalten soll. (Der Vertrag dazu war Ende Oktober 1991 zwischen der chinesischen, der thailändischen und der birmanischen Seite geschlossen worden. (Radio Bangkok in SWB, 1.11.91)) Myanmar braucht zu diesem Zweck freie Zufahrt zum Goldenen Dreieck, die lange Zeit jedoch durch die Wa und durch die UWSP (United Wa State Party) kontrolliert war. Beide Seiten sollen sich inzwischen darauf geeinigt haben, daß die Wa der Regierung die freie Benutzung der Zugangsstraßen ermöglichen und daß sie dafür (sowie für einen gewissen Gewinnanteil am Drogengeschäft) von Rangun die Zusicherung freien Opiumhandels in Richtung Thailand erhalten haben. (*Le Monde Diplomatique*, 26.5.93)

China hat mit dem Opiumhandel direkt also nichts zu tun, wohl aber indirekt.

Eine weitere Art der Finanzierung wäre schließlich die Konzession an chinesische Unternehmer aus der Provinz Yunnan, in den ehemaligen (oder noch aktuellen) Guerilla-Zonen zu investieren und dort Handel zu treiben. Ironischerweise könnte die VRCh dabei ihre im Verlauf vieler Jahre gewonnenen Einflußmöglichkeiten auf die aufständischen Minderheiten nutzen und sie dazu veranlassen, gegen die chinesischen Kaufleute und auch gegen bestimmte birmanisch-chinesische Einrichtungen, wie die Straßen und Eisenbahnen, keine Angriffe mehr vorzutragen.

Nordwest-Myanmar



(*Le Monde diplomatique*, 26.5.93)

Allerdings vergessen beide Seiten nie, darauf hinzuweisen, daß sie auf Veranlassung des UNDCP (UN International Drug Control Program) ein subregionales Kooperationsprojekt unterzeichnet hätten, das den gemeinsamen Kampf gegen den Drogenhandel unterstützen sollte. (XNA, 2.2.93) In der Tat war ein solches Kontrollprogramm am 12. Juni 1992 von China, Myanmar und Thailand in Gegenwart von UNDCP-Repräsentanten in Rangun signiert worden. UNDCP sagte für die dreijährige Zusammenarbeit eine finanzielle Unterstützung von 7,6 Mio. US\$ zu. (XNA, 12.6.92)

- *Straßen und Eisenbahnen:* Die Chinesen liefern aber nicht nur Waffen, sondern arbeiten in der Zwischenzeit auch systematisch am Ausbau der Infrastruktur im Norden und Nordosten

Birmas, also in einer Region, die an die VRCh (Provinz Yunnan) angrenzt. Im Mai 1991 wurde ein Vertrag zwischen beiden Seiten über den Bau zweier Grenzbrücken unterzeichnet. Außerdem arbeiten beide Seiten im Eisenbahnwesen (XNA, 23.7.92) und bei der Herstellung von Wasserstaudämmen zusammen (XNA, 28.10.92). Im Oktober 1992 unterzeichneten beide Seiten auch einen Vertrag über die Erschließung einer Zinnmine. (XNA, 31.10.92)

Die Eisenbahn- und Straßenbauprojekte entstehen vor allem im Nordwesten des Landes, also wiederum in einer Region, die an China anschließt. Die Schwerpunkte der Zusammenarbeit im Eisenbahnwesen liegen in Taunggyi, Lashio und Myitkyina. (Siehe Karte)

Nahe Rangun wurde am 31. Januar 1993 die "China-Myanmar-Freundschaftsbrücke" eröffnet, die mit chinesischer Hilfe gebaut wurde und um ein Jahr vorzeitig fertiggestellt werden konnte. Ihre Spannweite beträgt 2.938 m; sie ist damit noch 200 Meter länger als die Yangzi-Brücke bei Nanjing, die mit zu den größten Brückenprojekten Chinas gehört. (XNA, 1.2.93) Das neue Bauwerk ist Teil des Verkehrsnetzwerks, das von Nordwestbirma in die von China angeblich angepeilten Marinebasen-Regionen führt!

- *Häfen*: Die Straßen, von denen hier die Rede war, lassen sich einerseits als Transportwege für den gegenseitigen Handel (u.a. auch Waffenhandel) benutzen, zum anderen aber auch als Zufahrtsweg zu Hafenanlagen, die von den Chinesen offensichtlich im Bereich der Andamanen-See angepeilt werden, obwohl China immer wieder betont, daß es nicht die geringste Absicht habe, birmanische Marinebasen zu benutzen. Hier handle es sich durchwegs um "bloße Erfindungen", heißt es. (XNA, 12.2.93) Auch von Versuchen der VR China, ihren Einfluß auf den Indischen Ozean auszudehnen, könne nicht die Rede sein. Leute, die solche Gerüchte austreuten, seien offensichtlich daran interessiert, eine "China-Gefahr" an die Wand zu malen, um so vielleicht ihre eigenen Absichten, u.a. den Verkauf von Waffen besser umsetzen zu können.

Anzeichen sprechen dafür, daß China in den nächsten fünf Jahren zunächst einmal drei große Marinestützpunkte auf eigenem Territorium, nämlich an der chinesischen Südostküste, ausbauen will - offensichtlich eine Maßnahme, die mit dem Spratly-Konflikt zu tun hat. Allem Anschein nach hat sich unter der Regie der "Professionalisten", zu denen auch das neue Politbüromitglied Liu Huaqing - ein "geborener" Admiral - gehört, eine neue Sicherheitsdoktrin durchgesetzt, die auf Vorwärtsverteidigung, vor allem im küstennahen Bereich und im Südchinesischen Meer abzielt.

Darüber hinaus bemüht sich Beijing, wie vor allem die indische Regierung beobachtet haben will, um eine Marinebasis im Meeresdreieck Irrawaddy, Delta-Mergui-Moulmein. Zu-

mindest betrachtet der chinesische Geheimdienst das häufige Auftauchen chinesischer Techniker in dieser Region als Anzeichen einer chinesischen "Strategie der zwei Ozeane", also eines Versuchs der VRCh, sowohl am Indik als auch am Pazifik verstärkt Fuß zu fassen und militärischen Einfluß zu gewinnen. Präsumtive Pläne dieser Art, die vor allem beim Besuch des indischen Ministerpräsidenten Rao im April 1992 in Bangkok offen ausgesprochen wurden, sind für Delhi umso besorgniserregender, als die befürchtete "chinesische Marinebasis" in Myanmar nicht weit vom Andamanischen Meer und vom westlichen Eingang zu den "Straits", d.h. zur Malakka-Straße und zu anderen Schifffahrtsstraßen liegt.

Kein Wunder, daß der indische Generalstab unter diesen Umständen in den mit chinesischer Hilfe gerade neu entstehenden nordostbirmanischen Straßen ein Verbindungsnetzwerk sehen will, das in die angebliche "Zwei-Ozean-Strategie" nahtlos hineinzuweisen scheint.

- *Grenzen*: Da es um das chinesisch-birmanische Verhältnis generell so gut bestellt ist, haben sich beide Seiten nun auch in den noch verbleibenden Grenzfragen schnell einigen können.

Seit 1992 ist es zu mehreren gemeinsamen Grenzinspektionen gekommen, in deren Verlauf bisherige Zweifelsfragen geklärt werden konnten. Die zweite Sitzung des Gemeinsamen Grenzkomitees fand beispielsweise vom 1. bis 5. März 1993 in Rangun statt (XNA, 6.3.93); die dritte Sitzung soll Ende März 1994 stattfinden. (Ebenda) Die zweite Sitzung verlief, wie es offiziell hieß, in einer "Atmosphäre der Freundschaft und Kooperation". (XNA, 5.3.93)

Seit Mitte 1988 begann auch der Grenzhandel zwischen Birma und der chinesischen Provinz Yunnan zu florieren. Schon damals avancierte die VRCh zum größten Außenhandelspartner Myanmars. Ursache dafür war nicht nur die beiderseitige Öffnungspolitik, sondern auch die Wiederzulassung des Privathandels in Myanmar. (SOAa, Januar 1989, Ü 96)

Freundlich bis herzlich ist auch der Ton, mit dem beide Seiten miteinander umgehen: So wurde beispielsweise am

1. Oktober bei einem offiziellen Empfang der Regierung in Rangun des chinesischen Nationalfeiertags gedacht (XNA, 2.10.92); beide Seiten betonten auch immer wieder ihre gutnachbarlichen Beziehungen (XNA, 4.2.93) und entsenden überdies Delegationen aller Art, angefangen von chinesischen Archäologen (XNA, 17.2.93) über Medizinergruppen bis hin zu militärischen "Goodwill-Delegationen" (XNA, 17.11.91). -we-

*(3)

Weiterhin gespannte Beziehungen zwischen China und Nordkorea

Drei Anlässe sind es vor allem, die Pyongyang dazu motiviert haben, zum einst so eng verbündeten Partner VRCh immer weiter auf Distanz zu gehen, ja ihm die Zähne zu zeigen, nämlich (1) die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Beijing und Seoul im August 1992 (näheres dazu C.a., August 1992, Ü 7), (2) der Widerstand der VRCh gegen eine nukleare Aufrüstung Nordkoreas und (3) der Besuch des chinesischen Außenministers Qian Qichen vom 27. bis 31.5.1993 in Seoul.

Was den hier genannten zweiten Fragenbereich angeht, so hatte die DVRK am 12. März 1993 erklärt, daß sie, um ihre "Souveränitätsrechte zu schützen", mit Wirkung vom 12. Juni 1993 aus dem Vertrag gegen die Weiterverbreitung von Atomwaffen austreten wolle. (Dazu ausführlich C.a., März 1993, Ü 2) Diese Absichtserklärung läuft etwa genau auf das Gegenteil dessen hinaus, was die VRCh im Hinblick auf ihre asiatischen Nachbarn wünscht, zumal sie sich ja an den fünf Fingern ausrechnen kann, daß alle potentiell bedrohten Staaten, darunter Südkorea und Japan, früher oder später ebenfalls in den Besitz einer gleichwertigen Waffe kommen wollen.

Außenminister Qian Qichen sprach sich zwar offiziell gegen Sanktionen aus, die Nordkorea treffen könnten, doch sei Beijings Position vollkommen eindeutig: Er hoffe nämlich, daß die koreanische Halbinsel nach wie vor "denuklearisiert" bleibe. Dieselbe Erklärung wiederholte Qian bei seinem Besuch in Seoul am 27. Mai. (XNA, 28.5.93)

Aus der Sicht Beijings sollte die Nuklearfrage der DVRK durch "Verhandlungen zwischen der DVRK und der internationalen Atomenergiekommission sowie in Gesprächen zwischen der DVRK und den USA, nicht zuletzt aber auch im Dialog mit Südkorea" gelöst werden. (Ebenda)

Die nordkoreanisch-amerikanischen Gespräche sind bereits in Gang und zwar - dies zeigt wiederum, wie ernst es Beijing mit seinen Denuklearisierungsbemühungen ist! - in Beijing.

Zu einem ersten Treffen zwischen Amerikanern und Nordkoreanern kam es am 5. Mai, und zwar auf "Kanzlei-Ebene". Obwohl es sich hier um das 32. Routinetreffen zwischen Washington und Pjöngjang handelte, hat die neue Frage doch so hohen Stellenwert, daß möglicherweise in Kürze Gespräche bereits auf Vizeminister-Ebene stattfinden. (Yonhap in SWB, 7.5.93)

Die chinesische Seite gab am Rand der Verhandlungen erneut ihrem Wunsch Ausdruck, daß die Nuklearfrage auf der koreanischen Halbinsel durch "dreiseitige" Gespräche gelöst werden sollten. Dialoge und Trialoge seien der beste Weg. (XNA, 12.5.93)

Abgesehen davon, daß Nordkorea bereits über den Druck verärgert war, den Beijing hier auf seine Unterhändler ausübte, zeigte es sich ein weiteres Mal ungehalten über die freundschaftlichen Gespräche, die Qian Qichen in Seoul führte: Nicht nur, daß Qian dort den südkoreanischen Gastgebern in der Nuklearfrage "nach dem Munde redete"; es kam auch noch zum Abschluß eines "Abkommens über Meeresschiffahrtsverbindungen" und zu zahlreichen Gesprächen mit der südkoreanischen Geschäftswelt. Qian hob mehrere Male hervor, daß China wohl für eine Zwischenhändlerrolle zwischen Nordkorea und seinen potentiellen Gesprächspartnern nicht in Frage komme. (XNA, 27.5.93)

Damit sprach er eine Wahrheit aus, die in der Zwischenzeit durch Meldungen über angeblich blutige chinesisch-nordkoreanische Zwischenfälle bestärkt wurde. Meldungen dieser Art wurden hauptsächlich von der *Washington Post* verbreitet.

Die Meldungen veranlaßten die nordkoreanische Nachrichtenagentur, am 4. Mai eine offizielle Erklärung herauszugeben, in der es heißt, daß die von "einigen amerikanischen, japanischen und anderen westlichen Medien" verbreitete Behauptung von einem "Feuerzwischenfall" an der koreanisch-chinesischen Grenze aus der Luft gegriffen sei. Es handele sich hier um eine glatte Erfindung, mit der gewisse Kräfte offensichtlich versuchten, einen Keil zwischen die beiden "engen Waffenbrüder" zu treiben, die "lange Zeit Schulter an Schulter gegen die US- und die japanischen Imperialisten gefochten haben". Die "Freundschaft und Solidarität zwischen China und Korea" habe "tiefe historische Wurzeln" und seien, allen Herausforderungen zum Trotz, immer stärker geworden. Die "koreanisch-chinesische Freundschaft" sei unzerstörbar usw. usw. (Radio Pjöngjang in SWB, 6.5.93)

In einem weiteren Bericht vom 18. Mai, der ebenfalls von der nordkoreanischen Nachrichtenagentur verbreitet wurde, werden erneut "üble Gerüchte" ähnlicher Art als Erfindung zurückgewiesen. Gewisse Medien hätten über eine "Untergrundorganisation in Yongbyon" berichtet, auf deren Konto der angebliche Feuerzwischenfall an der koreanisch-chinesischen Grenze gehe. Offensichtlich handele es sich hier um ein Gerücht, das von den "südkoreanischen Faschisten ausgebrütet" worden sei. (SWB, 20.5.93)

Auch die chinesische Seite sieht sich immer wieder gezwungen, sich von "Falschberichten" zu distanzieren, so z.B. von der Behauptung, daß Beijing und Pjöngjang in Geheimgesprächen über nukleare Fragen eingetreten seien. (Yonhap in SWB, 20.5.93)

In Seoul sicherte Qian Qichen seinen Gesprächspartnern "engste Kooperation" im Hinblick auf die nördliche Nuklearfrage zu. (Yonhap, SWB 26.5.93)

Nach einer Meldung der Hongkonger *Mingbao* sind Mitte Mai die Flüge der beiderseitigen staatlichen Fluggesellschaften zwischen Beijing und Pjöngjang eingestellt worden. (SWB, 17.5.93) -we-

*(4)

Diplomatische Anerkennung Eritreas

Am 23. Mai erklärte Eritrea offiziell seine Unabhängigkeit von Äthiopien. Damit ging ein langer Kampf zu Ende, der seinen Anfang im Jahr 1952 genommen hatte, als die 117.000 km² große ehemalige italienische Kolonie an der Südwestküste des Roten Meeres vom damaligen Kaiserreich Äthiopien "angegliedert" wurde. Der Widerstand, der seit 1974 von der "Eritreischen Befreiungsfront" getragen wurde, hat sich in Sezessionsbestrebungen niedergeschlagen, die nunmehr, nach fast 20 Jahren, zum Erfolg geführt haben.

Da Beijing im Anschluß an die BANDUNG II-Konferenz von 1965, vor allem aber im Jahre 1968 (Prag, Breschnew-Doktrin, Ussuri-Zwischenfälle) von "Revolutionshilfe" auf "Anti-Hegemonismus" umgeschaltet hat und sich seit dieser Zeit auch mit dem damals noch "feudalistischen" Kaiserreich Äthiopien zusammengeschlossen hatte, war die eritreische Sezessionsbewegung nie in den Genuß chinesischer Unterstützung gelangt. Vor allem hat der eritreische Ruf nach Unabhängigkeit in der VRCh kein Echo ausgelöst.

Nachdem sich die Sezessionsbewegung nun aber einmal hat durchsetzen können, ließ Beijing nicht lange auf sich warten, sondern kam mit der neuen eritreischen Regierung bereits am 24. Mai überein, diplomatische Beziehungen aufzunehmen (XNA, 24.5.93) - am gleichen Tag übrigens wie Nordkorea, Südkorea und Vietnam.

Eile war nicht zuletzt deshalb geboten, weil Beijing wieder einmal befürchten mußte, daß Taiwan, das sich erfahrungsgemäß gerne an kleinere - und daher "finanzierbare" - Staaten zu wenden pflegt, sicher nicht lange gezögert hätte, an den neuen Staat mit diplomatischen Angeboten heranzutreten.

Mit seinem schnellen Zugriff sicherte sich Beijing die von ihm gewünschte Taiwan-Klausel, derzufolge die "Regierung der VRCh die einzig legale Regierung Chinas und Taiwan ein untrennbarer Teil des chinesischen Territoriums" ist. (XNA, ebd.) -we-